

In Kosel ist der preuss. Hauptmann W. vom 19. Regiment von Landwehrenten zuerst beleidigt und dann mit Bayonettschiffen verletzt worden. Die Wunden sollen ziemlich bedenklich sein. Die Landwehrenten wurden nach Posen abgeführt.

Florenz den 29. Mai. Gestern enthielt die offizielle Zeitung eine Bekanntmachung, welche alle Offiziere der Freiwilligen binnen 24 Stunden auf ihre Posten rief. Dieser bestimmte Befehl läßt auf die baldige Ankunft Garibaldi's schließen, welche das Zeichen zum Beginn des Kriegs sein wird.

Vern den 26. Mai. Italien und Frankreich garantiren ebenfalls (wie Oestreich) die schweizerische Neutralität; letzteres fordert dieselbe von allen Nachbarn. — Das östreichische Getreideausfuhrverbot ist aufgehoben, Hafer ausgenommen.

Wien den 27. Mai, Abends. Autentisch: Die Pforte zeigte am Freitag den Grossmächten an, sie werde sofort die Donaufürstenthümer militärisch okkupiren. Konstantinopel, den 30. Mai. Der Sultan hat dem Vicekönig von Aegypten in offizieller Weise den Firman eingehändigt, welcher die direkte Thronfolge in Aegypten feststellt.

London, den 29. Mai. Die Passagiere der Helvetia, über 300 an der Zahl, begaben sich gestern an Bord des Schiffes, das heute seine Fahrt nach New-York antreten wird. Es sind dies alle ursprünglich auf der Helvetia eingeschifften Auswanderer, mit Ausnahme einiger wenigen, die bereits mit andern Gelegenheiten nach Amerika abgegangen, der an der Cholera Gestorbenen und noch 16 im Spital befindlichen Refonvalescenten. Viele der unglücklichen Auswanderer haben ihr Bettzeug und Kleidung verloren, ein Verlust, der jedoch theilweise ersetzt worden ist. Die von den Localbehörden verfügten strengen Massregeln haben übrigens den über Liverpool sich ergießenden Strom nichtbritischer Auswanderer für jetzt zu völligem Stillstand gebracht.

In Antwerpen ist an Bord eines Auswandererschiffes die Cholera ausgebrochen. Passagiere und Gepäck wurden sofort ausgeschifft, um in einem außerhalb der Stadt liegenden Ort eine Beobachtungsquarantäne zu übersehen.

Genf. Die hiesigen Schuhmachergesellen, 300—400 an der Zahl, meistens Deutsche, haben die Arbeit eingestellt, weil die Meister, gleichfalls meistens Deutsche, die geforderte Lohnerhöhung von 30 pCt. nicht gewähren wollten.

In Stockholm ist am 24. Mai der im Bau begriffene Thurm der dortigen katholischen Kirche eingestürzt; 11 Arbeiter wurden getödtet, 8 schwer, 20 leicht verwundet und 14 werden vermisst.

In Dettelbach stürzte der Vater Guardian in einen seit lange verfallenen Brunnen; er wurde glücklich wieder herausgeholt, gestand aber, so viel Wasser habe er in seinem Leben nicht geschluckt.

**W a r n u n g .**

Es' noch die Kugel kommt ins Rollen, Ihr hohen Herren, bedenkt, bedenkt! Wenn erst des Unrechts Mächte grollen, Ist's eure Nacht nicht, die sie lenkt. Ihr spielt mit lohen Feuerbränden, Bis uns die Gluth in Flammen bricht: Den Anfang wohl habt Ihr in Händen, Das Ende doch, das wißt Ihr nicht!

Millionen ist diese Mahnung aus der Seele gesprochen; wir entnahmen sie einem fliegenden Blatte, das uns aus Dresden zugegangen ist. Dem weiteren Fluge des patriotischen Dichters Carl Weller dürfen wir nicht folgen; denn die Pressfreiheit hat wäckerne Flügel, die einen Flug zur Sonnenhöhe nicht vertragen. Ob zum Heile Deutschlands, der Fürsten und Völker? wollen wir heute nicht untersuchen, es kommt uns aber vor, als wenn es besser und sicherer wäre, man liesse die Stimme des in tiefem Innern erregten Volkes in vollem Chor ungedämpft hinauf bringen bis zu den Höhen, wo man nur im Flü-

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von G. H. Kostenbader.

stertone spricht, zu denen, welche die Lenker der Geschicke sind oder zu sein scheinen; auch da oben ist man öfter Ambos als Hammer und man brauchte schwerlich an die letzten Gründe der Könige zu appelliren, wenn man schon früher der Stimme des Volkes Gehör und Achtung geschenkt hätte. Das deutsche Volk, wenn es sich selbst regiert hätte, würde den Krieg der ihm droht, vermieden und nimmermehr zugelassen haben.

(Volkswirtschaftliches.)

**Ueber Hopfen.**

In Jahren, wo den Hopfen-Produzenten die erwünschten Käufer mangeln, dürfte es für selbige von Interesse sein, wenn die Unterzeichneten die Erfahrung des commissionsweisen Verkaufs ihres Hopfens zu Nürnberg zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Unbekannt mit den Verhältnissen jenes Ortes wendeten sich dieselben wegen des Verkaufs ihres Hopfens an das dortige Commissionsgeschäft

**Conrad Schmidt**

und erfuhren dabei eine Behandlung mit welcher sie in jeder Beziehung vollkommen zufrieden sind. Je gewagter es in gewisser Beziehung ist, einem völlig unbekanntem Hause Tausende anvertrauen zu müssen, um so erfreulicher muß es dann sein, eine ehrenhafte Behandlung zu erfahren und zu genießen. Es erlauben sich daher die Unterzeichneten im Interesse der Hopfenbesitzer, das Commissions-Geschäft

**Conrad Schmidt in Nürnberg**

öffentlich zu empfehlen und sind auch gerne erbötig, weitere spezielle Mittheilungen mündlich zu geben.

Aug. Reimer, Kupferschmid in Geringen.

D. Maier, Gastwirth in Wessingen bei Geringen.

M. Schwabenthan in Steinbosen

J. Steinhilber Schultheiß in Nodelshausen bei Rottenburg.

Anton Schaefer in Ergenzingen bei Rottenburg.

Simon Hammer in Hailfingen bei Rottenburg.

W. G. Heim in Oberensingen bei Nürtingen.

Gottl. Schwenk in Weil im Schönbuch bei Böblingen.

Brüder Köfker in Nidlingen bei Böblingen.

Jacob Ebinger in Klein-Aspach bei Ludwigsburg.

Aug. Hirsching Lehrer in Forchtenberg bei Künzelsau.

Gutshyrl, Orgelbauer in Kocherstetten bei Künzelsau.

**Winnenden. Naturalienpreise vom 31. Mai 1866.**

Fruchtgattungen.	Obste.	Mittel.	Niederste.
1 Centner Dinkel . . .	3 23	3 8	2 54
„ Haber . . . . .	4 1	3 55	3 52
„ Kernen . . . . .	—	4 —	—
1 Eimer Gerste . . . . .	1 12	1 8	1 4
„ Mischling . . . . .	1 18	1 8	—
„ Weizen . . . . .	1 32	1 28	1 24
„ Roggen . . . . .	1 20	1 16	—
„ Widen . . . . .	—	—	—
„ Kartoffeln . . . . .	— 18	— 16	— 10
„ Ackerbohnen . . . . .	1 34	1 30	1 24
„ Welschhorn . . . . .	1 20	1 16	1 12
1 Bund Stroh 13 fr.	—	—	—

**Heilbronn. Naturalienpreise vom 2. Juni 1866.**

Fruchtgattungen.	Obste.	Mittel.	Niederste.
1 Centner Weizen . . .	—	—	—
„ Kernen . . . . .	—	—	—
„ Korn . . . . .	—	—	—
„ Gemischt . . . . .	—	—	—
„ Gerste . . . . .	—	—	—
„ Dinkel . . . . .	4 —	3 19	3 6
„ Haber . . . . .	4 24	4 17	4 18

# Murrthal-Bote.

Amts-, Anzeige- u. Unterhaltungsblatt für den Oberamtsbezirk Backnang nebst Umgegend.


Nr. 68.

Donnerstag den 7. Juni

1866.

12 Kaisersbach.  
Oberamts Welzheim.  
**Am Mittwoch den 13. Juni 1866**  
und am  
**Bartholomäus-Feiertag den 24.**  
**August 1866**

werden hier **Bieh-Märkte** abgehalten,  
zu deren zahlreichem Besuche einladet  
Den 1. Juni 1866. Schultheißenamt.

 Circa 1/2 Eimer sehr guten  
rothen **65er Wein** hat  
zu verkaufen, wer? sagt die  
Redaktion.

Ein **Kinderwägeln** hat billig  
zu verkaufen Schulm. Gerstenmaier  
in Strümpfelbach.

**Schneidermeister,**

welche in Anfertigung von Militärzelten gewandt  
sind, finden sogleich Arbeit bei  
**Elfas & Söhne**  
in Ludwigsburg.

12 Sulzbach a/M.  
Ein **Färber**, der auch Kenntniß in der  
Druckerei besitzt, findet auf längere Zeit Arbeit bei  
Chr. Schwarz, Färber.

Backnang.  
Den dießjährigen **Gras-Ertrag** von  
einem halben Morgen Garten verkauft  
F. Schäfer, Siebmacher.

Backnang.  
Den **Gras-Ertrag** von 1/2 Morgen  
Garten verkauft Luchmacher Feucht.

Backnang.  
Den **Gras-Ertrag** von 1/3 Morgen  
Baumgarten hat zu verkaufen  
Wilhelm Ottmar.

22 Backnang.  
**Lehrlings-Gesuch.**  
Einen ordentlichen jungen Menschen nimmt  
in die Lehre Friedr. Stelzer, Schuhmacher.

Glaser Brezger vom Viehhäus hat mehrere  
Tausend Stück theils gebrauchte, theils unge-  
brauchte **Weinbergpfähle**,  
die sich auch zu Bohnenstücken eignen, um billi-  
gen Preis zu verkaufen.

Backnang.  
**Hochzeits-Einladung.**

Nächsten Sonntag feiern wir  
unsre Hochzeit, wozu wir Freunde  
und Bekannte in unsre Wirth-  
schaft hiemit freundlichst einladen.  
Carl Föll, Bäcker,  
dessen Braut:  
Rane Trostel.

Nachstehende von Apotheker **Bergmann**  
in Paris, Boulevard Magenta, neuerfundene  
u. bestbewährte Specialitäten werden geneig-  
tester Berücksichtigung empfohlen:

**Eispomade**, zum Kräuseln und kräftigen  
der Haare, à Flac. 18, 27 u. 36 fr.

**Theerseife**, gegen alle Hautunreinigkeiten,  
à Stück 18 fr.

**Sichtwatte**, bei allen gichtischen Leiden  
von überraschender Wirkung, à Packet  
18 und 30 fr.

**Barterzeugungstinctur**, sicherstes  
Mittel bei selbst noch jungen Leuten  
in kürzester Zeit den stärksten Bart-  
wuchs zu erzielen, à Flac. 36 fr. u. 1 fl.

**Zahnwolle**, zum augenblicklichen Stillen  
jeder Art Zahnschmerz, à Hülse 9 fr.  
Patentirt in den Kaiserl. franz. Staaten.  
**Alleiniges Depôt bei**  
**Louis Vogt in Backnang.**

3—4 tüchtige **Corsettweber** finden  
Arbeit bei Daniel Siegle in Winnenden.

Eine gewandte ältere Frau sucht in Backnang  
oder Umgegend in Balde eine Stelle als Kind-  
bett-Wärterin. Zu erfragen bei der Redaktion.

Backnang.  
**Quartier-Listen** und  
**Quartier-Zettel**

sind vorräthig zu haben bei  
G. H. Kostenbader.

Bei Eduard Fischhaber in Stuttgart ist erschienen  
und bei Buchdrucker Kostenbader in Backnang zu haben:  
**Die geheimnißvolle Zahl dreizehn**,  
oder merkwürdige Prophezeiungen des 104jährigen Alpen-  
schäfers Hanns Tob. Welten über die wichtige Zukunft  
der ereignißvollen Jahre 1865 bis 1877. Preis 6 fr.

Verschiedene Nachrichten.

Berlin, 5. Juni. Eine preussische Depesche an sämtliche Gesandten bezeichnet Oestreichs Erklärung in Frankfurt wegen Berufung der holsteinischen Stände als einen Vertragsbruch und die Berufung nur rechtsgültig durch Zustimmung beider Souveräne.

Berlin, 3. Juni. Wie uns von besünderter Seite erzählt wird, hat der neue preussische Finanzminister Seyditz erst vor ganz Kurzem über die Finanzpolitik während des Krieges sich dahin geäußert, daß allen renitenten Staaten in Deutschland ohne Weiteres von Preußen aufzugeben sei, so und so viel Baarzahlungen hätten sie an den Finanzminister in Berlin zu leisten! Seyditz ist ein Finanzminister ganz nach dem Herzen Bismarcks.

Kassel, 4. Juni. Kasseler Zeitung: Am 8. d. M. werden österreichische Truppen über Hanau in vier Extrazügen der Main-Weser- und Hannover-Bahn nach Holstein transportiert.

Kassel, 5. Juni. Die Hess. Morg. Z. erfährt, die Extrazüge zur Beförderung österreichischer Truppen nach Hamburg seien abbestellt.

Paris, 4. Juni, Abends. Die Antwort der Westmächte auf die österreichischen Vorbehalte in Betreff der Konferenz Einladung ist nach Wien abgegangen. Sie gibt zu verstehen, daß darin wohl die Ablehnung der Konferenzen und die Verhinderung des Friedensversuches erkannt werden müsse.

London, 5. Juni. Die Times schreibt: Die französische Regierung telegraphirte der britischen, die Konferenz könne nicht stattfinden, da Oestreichs Vorbedingungen sie fruchtlos machen würden. — Die Times hat folgende Depesche aus Wien den 4. Juni: Preußen hat Oestreich benachrichtigt: durch die Ueberweisung der holsteinischen Frage an den Bund werde der Gasteiner Vertrag annullirt. Preußen werde in Holstein einmarschiren. Die Brigade Kalik erhielt Befehl, sich nach Altona zurückzuziehen.

Berlin, 4. Juni. Die Kreuzzeitung schreibt: Daß aus etwaiger Bundes-Execution gegen Preußen der Krieg folgen würde, ist uns unabweislich. Das Wiener Kabinett weiß dies eben so gut; es scheint, es habe den Bundesweg eingeschlagen, um sich dadurch Gelegenheit zum Krieg zu verschaffen; dafür spreche auch die gegen Preußen gerichtete Einberufung der holsteinischen Stände. — Die Wahlmännerwahlen sind auf den 25. Juni, die Abgeordnetenwahlen auf den 3. Juli festgesetzt worden.

Wien, 4. Juni. Das Abendblatt zur ministeriellen Wien. Ztg. konstatiert, daß durch die österreichische Erklärung am Bundesstage die Weiterentwicklung der Schleswig-holsteinischen Frage der Entscheidung des Bundes anheimgestellt wurde, und bezeichnet die österreichische Erklärung als nicht im Widerspruch stehend mit dem Wiener Frieden und dem Gasteiner Vertrag. Als Zeugniß hierfür wird die Berufung der holsteinischen Stände angeführt. Das Blatt sagt: Der Wiener Friede überträgt den deutschen Großmächten das Dispositionsrecht über die Herzogthümer, aber wahrlich nicht für eine dem Rechte zuwiderlaufende Disposition. Die Verträge geben Preußen und Oestreich nur das Recht zur Durchführung des Rechtes. Als solches bezeichnet die Abendpost das allgemeine deutsche und das Landesrecht, und bemerkt: eine unbefangene Auffassung der Verträge führe also von selbst zur Verweisung der Frage an den Bund. Die Abendpost schließt mit folgenden Worten: Bestimmen nicht die Vortheile des Augenblicks die Grundsätze und die Haltung Preußens, hat dieses noch einen Rest bundesstreuer Gesinnung bewahrt aus der Politik der Militärkonventionen, der Einzelbündnisse, der Zetteleien mit fremden Mächten, dann wird es sich der Bundesentscheidung fügen. Nicht Rivalität gegen Oestreich darf seine Entscheidung bestimmen, denn Oestreich hat sich ohne Verletzung des preussischen Rechts, ohne Präjudizirung der Schlusentscheidung von der Weiterführung des Streites zurückgezogen und eine neue Friedensbahn gebrochen. Weigert sich Preußen,

sie zu betreten, so ist seine Weigerung gegen den Bund gerichtet. Es zerreißt das Deutschland fesselnde Band, wenn es der Entscheidung des Bundes die Unterwerfung versagt. Möge man in Preußen über die Konsequenzen klar sein, welche die nächsten Schritte des Berliner Kabinetts nach sich ziehen müssen; möge wahrhaft deutsche Gesinnung sie dikiren, frei von jeder Leidenschaftlichkeit und falschen Auffassungen des Berufes des preussischen Staats, die zu lange schon die Politik des Berliner Kabinetts bestimmten.

Wilmnis, 4. Juni. Der Großherzog von Baden hatte vorgestern eine längere Konferenz mit Beust, gestern mehrfache Besprechungen mit dem König von Sachsen, Abends ist derselbe über München zurückgekehrt.

Stuttgart den 4. Juni. (4. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertisch die Minister v. Arnöbüler, v. Hardegg, v. Neurath, v. Gölther, v. Gölter, v. Renner. Nächster reicht folgende Interpellation ein: Veranlaßt durch die wachsenden Bedrängnisse unseres gesammten gewerblichen und Geldverkehrs, welchem nur durch eine rationelle Kreditorganisation aufgeholfen werden kann, und nachdem auf Veranlassung der württemb. Handelsvereine eine allgemeine Versammlung von Mitgliedern des württemb. Handelsstandes am 2. Febr. 1865 in Stuttgart ein Komitee zu Einholung der Konzession für eine württemb. Notenbank bestellt hat, welches unter dem 3. Juni 1865 ein ausführlich motivirtes Gesuch um Ertheilung dieser Konzession bei dem K. Ministerium des Innern einreichte, ein Gesuch, welchem unter dem 29. Jan. 1866 eine weitere Begründungsschrift folgte, gleichwohl aber die angekündigte alsbaldige Schließung des Landtages eine langwierige fernere Verzögerung dieser für den gesammten Volkswohlstand dringlichen Institution anzeigt, erlaubt sich der Unterzeichnete die Anfrage, ob die K. Staatsregierung nunmehr eine positive Stellung zu dieser Sache genommen, und welche Vorarbeiten sie in Betreff einer diesfallsigen Gesetzesvorlage getroffen habe? — Tagesordnung: 1) Berathung des Berichtes der Fünfzehner-Kommission über den Gesetzesentwurf wegen Bestreitung des Aufwands für außerordentliche Militärbesdürfnisse. 2) Berathung des Berichtes derselben Kommission über den Gesetzesentwurf, betreffend den Anruf der gesammten Landwehr. Referent: Probst, Korreferent: Frhr. v. Höfer. Der erstgenannte Gesetzesentwurf verlangt bekanntermaßen zu Bestreitung des außerordentlichen Aufwands für die Bereithaltung und Feldmäßige Aufstellung des Truppenkorps die Summe von 7,700,000 fl., zur Verfügung der Ministerien des Kriegs und der Finanzen. Der Bericht geht davon aus, daß, wenn die zwei mächtigsten deutschen Staaten zum Kampf gerüthet sich gegenüberstehen, für uns und die dritte Gruppe die Neutralität rechtlich und faktisch unmöglich sei. Ferner wird gesagt, daß die jetzigen Jernwürfnisse zunächst auf dem Bestreben einer einzelnen deutschen Regierung beruhen, sich die Herrschaft über einen zur Selbstständigkeit und Selbstbestimmung berechtigten deutschen Volksstamm ohne dessen Zustimmung anzueignen, und wenn im Verlaufe des Streites selbst die Verbindung mit dem Ausland nicht geschenkt worden, wenn endlich durch solche rechtswidrige Bestrebungen sogar die Integrität deutschen Landes bedroht sein sollte, so würde kein Opfer zu groß sein, welches zu Abwendung einer solchen Gefahr zu bringen wäre. Wenn aber ein Kampf unter Deutschen in Frage stehe, so sei es Pflicht der Volksvertretung sich zu verschern, daß das Ziel dieses Kampfes auch wirklich das Recht Deutschlands sein werde, und die verhängnißvollen Vorgänge der letzten Jahre machen es der Volksvertretung zur Aufgabe, die möglichsten Garantien dafür zu verlangen, daß ein deutsches Parlament, und dadurch die Ordnung der Rechte der Einzelstaaten, erstrebt werde. Daher der Antrag: Hohe Kammer wolle die Zustimmung zu dem Gesetze, wie sich dasselbe nach eingehender Berathung gestalten wird, an die Bedingung knüpfen, daß von Seiten der K. Staatsregierung sofort u. unausgesetzt Alles angeboten werde, um von den sämt-

lichen Staaten, mit welchen Württemberg Hand in Hand zu gehen im Begriffe steht, eine feste Gewähr dafür zu erlangen, daß das Ziel des drohenden Kampfes nur in dem Rechte Deutschlands bestehen dürfe, und zwar a) in der Herstellung des Selbstbestimmungsrechts der Herzogthümer Schleswig-Holstein und b) in der Einigung des ganzen deutschen Volkes in einem frei gewählten Parlament, das, mit der Fülle konstitutioneller Befugnisse ausgestattet, die über die Einzelregierungen zu stellende Centralgewalt zu stützen und mit dieser den Gesammtwillen Deutschlands zur Geltung zu bringen im Stande ist.

Minister v. Arnöbüler giebt folgende Erklärung Namens der K. Regierung ab: Er erkläre, daß die von der Kommission gewünschten Bedingungen durchaus der Auffassung der Thronrede entsprechen, und er sei im Allerhöchsten Auftrage ermächtigt, diese bindenden Zusicherungen, wie die Kammer dieselben verlange, zu geben, wie hiermit geschehe. — Auf diese Erklärung wird die Zeit zu weiterer Berathung zu geben. — Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ref. Probst theilt den nunmehrigen Antrag der Kommissionmehrheit mit. Der Antrag geht darauf, die Kammer wolle unbedingt auf die Berathung der vorliegenden Gesetzesentwürfe eingehen. Die Kommissionmehrheit hat die Erklärung des Ministers als durchaus zufriedenstellend anerkannt. Der Präsident ersucht die Redner, sich kurz zu fassen, indem viele Mitglieder eingeschrieben seien. Probst als Referent verzichtet zunächst auf das Wort. Ködinger: Er wünsche die Rüstung auf eine Weise durchgeführt, welche auch den Zweck der Rüstung sicher erreiche. Es müsse das Volk mit seinen Sympathien und seinem Enthusiasmus mit in die Aktion gezogen werden. Dies sei vor Allem nur möglich durch ein Parlament. Man stehe vor einem Kriege, welcher schrecklicher als der 7jährige, ja als der 30jährige zu werden drohe. Man müsse also einen Krieg zu verhüten suchen, und damit handle man ganz im Sinne des Volkes, welches einen Bürgerkrieg verabscheue. Wenn das Volk ein Organ hätte, um seine Stimme geltend zu machen, so hätte man mit der Rüstungen gar nicht so weit kommen können. Beide Monarchen haben erklärt, sie werden nicht angreifen. Wenn dies so sei, so werde alles das, was wir unternehmen zu Rüstungen, nur ein Anreiz sein zum Krieg. Die Lage sei jetzt so, daß man jeden Augenblick befürchten müsse, daß ein Zufall den Krieg anfahe. Zusehen können wir allerdings nicht. Was aber nun zu thun sei? Ob man sich auf Preußens Seite schlagen solle? Dies wäre unmöglich, indem das Rechtsgelühl des deutschen Volkes von der preussischen Regierung zu sehr verhöhnt worden sei. Oder auf Seite Oestreichs? Gegen Oestreich habe man aber seit 50 Jahren ein berechtigtes Gefühl der Mißstimmung, von vorher drohe die Reaktion. Daher sollen die Mittel- und Kleinstaaten sich zusammenthun mittelst eines Parlaments, damit die rein deutschen Staaten unter dem Banner des deutschen Rechtes vereinigt seien. Ein solches Parlament der Mittel- und Kleinstaaten wäre ein Kernpunkt, aus welchem mit der Zeit das Parlament für die Gesammtnation herauswachsen müßte. Kleindeutschland müsse vor allem in sich fest dastehen, um ein Wort mitzusprechen gegen den Streif der beiden Großstaaten. Wenn man für die Regierung verwillige so wie sie erigire, so führe dies zu nichts Anderem als zu einer Stärkung Oestreichs. Er sei der Meinung, eine Rüstung ohne den Hinterhalt des Volkes sei hinausgeworfenes Geld. Ein Parlament aus den Mittel- und Kleinstaaten sei aber möglich, deshalb müsse er darauf bestehen.

Mitnacht bezeichnet als großes Verdienst des Kommissionsberichts, daß mit dem Standpunkt der Neutralität entschieden gebrochen sei, denn wer neutral bleibe, der leiste dem Großpreussenthum Vorhieb. Als Deutsche haben wir uns auf Seite des deutschen Rechts zu stellen. Römer will keine Schwächung Preußens, selbst wenn es im Kampfe unterliegen sollte; denn die Begründung einer österreichischen Oberherrschaft würde die graueste Reaktion auf allen Gebieten herbeiführen. Als That- sache führe er an, daß das deutsche Element in Oestreich

gegenüber den Slaven und Magyaren immer mehr an Boden verliere.

Präl. v. Mehring: Zunächst solle und müsse im Sinne des ganzen Landes von der Volksvertretung alles gethan werden, um den Frieden zu erhalten, und er würde, wenn er Unterstützung finde, in einem Zusatzantrage dem allgemeinen Verlangen nach Frieden den angemessenen Ausdruck geben. Wenn der Kampf aber ausbrechen sollte, so würde er die Neutralität als eine sittliche, rechtliche, politische Unmöglichkeit halten. Der Herr Prälat kommt nun darauf zu sprechen, wie man dem Schleswig-holsteinischen Volkstamm den Mund schliesse, wie man seinen Wortführern mit Zuchthaus drohe u. s. w. und sagt, mit der tiefsten Entrüstung müsse man jenes Verfahren von sich weisen, wo man von einem Bruderstamme aus den andern Bruderstamm mundtot zu machen suche. Die Neutralität eines Kleinstaates könnte sehr leicht dahin führen, daß der siegreiche Staat beim Schlusse des Krieges jenen Kleinstaat als schätzbares Material ansehen und behandeln würde. Wenn man nun nicht unbetheiligt bleiben könne, so werde man sich nicht dem anzuschließen haben, welcher drohe oder lode, sondern dem, welcher erkläre, daß er den Rechtsstandpunkt einzuhalten gedente. Er nehme keinen Anstand, auszusprechen: dies ist dermalen Oestreich. Oestreich ist zum Rechtsstandpunkt zurückgekehrt.

Oesterlen: Er sei eingedenk, daß Preußen und Oestreich sich geeinigt haben, auf Kosten des deutschen Rechts in Schleswig-Holstein einzurücken; er habe durchaus kein Vertrauen in die Kabinettspolitik Oestreichs, von welcher er wohl wisse, daß sie eine freisheitsfeindliche sei; er fürchte vor einem Siege Oestreichs eine folgenschwere Rückkehr zur Reaktion. Dennoch müsse er erklären, daß die dermalige große Gefahr einzig und allein hervorgerufen worden sei durch die Vergrößerungs-Politik Preußens. In diesem Bedürfnis des preussischen Großstaates und in dieser darauf gebauten Vergewaltigungs-Politik Preußens erkenne er den Gegner, diesem Gegner müsse man entgegen-treten, Preußens Politik wolle kein einiges Deutschland, sondern nur eine Ausdehnung des preussischen Gebiets: er erkläre sich gegen diese Politik, sowohl in ihren Zielen, als auch weil Preußen dieselben mit Mitteln zu erreichen suche, die er aus Grund seines Herzens verabscheue. Ein Minister von Bismark wisse nichts von einer deutschen Einheit, er wisse nichts als Preußen und abermals Preußen, und deshalb scheue er auch vor einem Opfer Deutschlands an das Ausland nicht zurück. Macht gehe vor Recht — das sei die Politik Bismarcks; einer solchen Politik müssen wir unter allen Umständen entgegen-treten, um unseren eigenen Interessen sowohl, als auch um des Schleswig-holsteinischen Volksstammes willen, welchen die Kammer durch ihre heutige Abstimmung stärken müsse. Oestreich sei auf den Boden des Bundesrechtes zurückgekehrt, und es sei kein Zweifel, daß wir, wenn wir auf Oestreichs Seite uns stellen, eben damit für die Rechte Holsteins eintreten. Es sei viel von Garantien gesprochen worden — man habe in dieser Beziehung Erklärungen von der Regierung erhalten; weitergehende Garantien zu verlangen in der Form von zu stellenden Bedingungen erscheine ihm nicht als angemessen, denn dadurch würde man ja die Regierung wehrlos machen für den Kampf, welcher zunächst drohe.

Hölzer will nicht, daß gegen Preußen jetzt so zu sagen ein Tendenz-Prozess gemacht werden sollte, er will nicht, daß Preußen todt gemacht werden sollte aus dem Grunde, weil jetzt Graf Bismark dort Minister sei. Doch will Hölzer, daß der Friedensbrecher niedergeschlagen und am Bundesrecht festgehalten werde.

Behrer: Die Frage, ob wir an dem bevorstehenden Kampfe theilnehmen sollen, sei für ihn, für dieses Haus bereits entschieden. Die Erbherzogthümer nehmen jetzt das Haus beim Wort; dasselbe möge ihnen zeigen, daß es ihm Ernst sei. Die Devisen des jetzigen preussischen Staates sei: Gewalt geht über Recht. Die Gefahr sei nahe genug: trete man jetzt nicht an die Seite der Herrherrn, so werde es zu spät sein; jetzt gelte es, dem Rechte des Bundes das Schwert in die Hand zu geben. Aber, sage man: wie möge man sich auf die Seite des reactionären Oestreich stellen? Aber, frage er: wenn Preu-

sen siegt, ist dann der Tag der Freiheit angebrochen? Hat Preußen die Versprechungen gehalten, mit welchen das Volk im Jahr 1813 in die Schlacht geführt wurde? Was thut Preußen jetzt? Es verbindet sich mit dem Ausland gegen Deutschland!

Mohl: Er glaube, man habe die Redner, welche mit ihren Sympathien auf Seite Preußens stehen, nahezu alle gehört. Wir seien bedroht mit der Hervorrufung des Bürgerkriegs, bedroht mit der Allianz mit dem Auslande gegen einen Bundesgenossen. Er frage, ob die Hand nicht verdorren solle, welche ein solches Dokument unterschrieben habe; es sei kein Mensch in Deutschland, welcher nicht sage, der Urheber davon gehöre an den Galgen! Man wisse, wie die preussische Regierung in Schleswig-Holstein vorgegangen sei, und er frage, ob auch nur entfernt davon die Rede sein könne, daß man die beiden deutschen Großstaaten auf die gleiche Linie setze. Wer derjenige sei, welcher provocirt habe, darüber sei man in ganz Europa einverstanden. Mohl fährt fort, um auszuführen, daß man der Regierung freie Hand lassen müsse, damit sie das Bundesrecht und das Recht des eigenen Landes zu verteidigen im Stande sei. Ferner bemerkt Mohl, wenn es zum Kampfe kommen werde, und wenn Gott der gerechten Sache den Sieg verleihen werde, so glaube er, daß auch dafür gesorgt werden müsse, daß nicht alle Vierteljahre das Gleichgewicht gestört werde, dazu müsse auch gegen Preußen von Grund aus geholfen werden. Bismarck bezwecke mit seinem Parlament nichts Anderes, als die Annexion Deutschlands. Ferner macht Mohl die Bemerkung, er glaube nie, daß Deutschland unter der Oberherrschaft Preußens glücklich werden könne, denn in Preußen herrsche heutzutage noch das Junkerthum, Preußen sei in seiner gesammten staatlichen Entwicklung um Jahrhunderte zurück gegen die südwestdeutschen Stämme, und es schließt der Redner mit dem praktischen Hinweis: Zu den Waffen! gerüftet! zu den Waffen!

Minister v. Arnöbüler schickt voraus, wie er es bedaure, daß seine amtliche Stellung ihm gebiete, eine gewisse Zurückhaltung nach allen Seiten hin beobachten zu müssen, und daß es ihm ungleich erwünschter hätte sein können, wenn er so recht von der Leber weg sprechen dürfte. Es drohe demal, beginnt er, der fürchterlichste aller Kriege, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche; wenn man das ganze Gewirre von Dokumenten von dem Anfange des Streites bis auf den heutigen Tag durchgehe, so finde man sich versucht, an jenen Auspruch eines Diplomaten sich zu erinnern: die Sprache sei dem Menschen geschenkt, nicht um seine Gedanken zu offenbaren, sondern um seine Gedanken zu verhüllen. Das aber möchte gewiß sein, daß die Ursache zu der heutigen unheilvollen Lage zu finden sei in dem Ehrgeiz eines deutschen Staates, welcher sich berufen fühle, allein die erste Rolle zu spielen, ein Ehrgeiz, welcher, wenn man sich auf den Standpunkt dieses Staates versehe, auch ziemlich natürlich erscheinen möchte, zumal wenn man dazu erwäge, in welcher Weise dieser Ehrgeiz seit einer Reihe von Jahren von einer gewissen Partei in Deutschland genährt worden sei. Er frage sich nun, nachdem die Verhältnisse einmal so sich gestaltet haben, welches der Standpunkt sei, den die Regierung einzunehmen habe? Er konstatirt, daß ein jeder einzelner Schritt in der vorliegenden Angelegenheit von ihm und seinen Kollegen am Ministertisch einstimmig erfolgt sei, daß demnach vollständige Solidarität der Staatsregierung bestehe. Die erste Aufgabe nun, welche er sich gestellt habe, sei die der Erhaltung des Friedens, und er werde unermüdet auf der Bahn fortwandeln, welche er eingeschlagen: den Frieden zu erhalten und zu suchen. Die Aufgabe nun, die er sich gestellt habe, für den Frieden zu wirken, sei unter den vorliegenden Umständen eine schwere. Die Antwort sei bekannt, welche Württemberg auf seine Friedensbemühungen erhalten habe (der Minister verliest die gleichlautenden Noten, welche er in diesem Sinne an die beiden Höfe, nach Berlin und nach Wien, hat abgehen lassen). Die Antwort, welche er von Herrn v. Bismarck erhalten habe, sei bekannt, man habe sie in den Zeitungen lesen

können: dagegen habe er von dem Wiener Hofe die entgegenkommendsten Versicherungen erhalten. Er werfe wiederholt die Frage auf: Was hat Württemberg zu thun? Es stehen sich hier zwei Ansichten gegenüber, die Neutralität und die Allianz; aber mit beiden Fällen würde das Bundesrecht verletzt werden. Das Bundesrecht zu verletzen und das Recht überhaupt zu verletzen, wäre eine sehr große Schwächung der Stellung, welche man einnimmt. In dieser Beziehung könne er sich nur vollständig mit dem Berichte der Kommission einverstanden erklären. Es sei am 24. März eine Depesche der preuss. Regierung an die einzelnen deutschen Regierungen ergangen, welche dieselben aufgefordert habe, mit Preußen sich zu alliiren; man habe aber die preuss. Regierung einfach an die Bundesgesetze gewiesen. Der Standpunkt der württ. Regierung sei und bleibe: an dem Bundesrechte festzuhalten. Darüber haben sich auch die Mittelstaaten geeinigt. Dieses Bundesrecht bezeichne auch die Ansprüche, welche die kriegführenden Theile im Falle des Friedens haben. Was die Neutralitätspolitik betreffe, so hätte er nach der Stimmung, welche sich heute im Hause kundgegeben, hierüber eigentlich nichts weiter zu sagen; dennoch wolle er nicht unterlassen, auszusprechen, daß er diese Stimmung des Hauses über die gänzliche Unzulässigkeit der Neutralität mit großer Befriedigung vernommen habe. Der Minister schließt: „Seien Sie, meine Herren, des Ernstes der Lage eingedenk, und stützen Sie durch Ihren Beschluß die Kraft der Regierung, welche den vollen Ernst der Lage, welche die Anforderungen, die man an sie stellt, erkennt. Ihre Beschlüsse werden auch von dem Auslande gewürdigt werden; Sie stehen heute vor dem Forum Europas, und Ihre Stimme, wenn sie volltönend ist, wird weit über die Grenzen Württembergs hinaustönen.“

Hier wird die Sitzung für heute abgebrochen. Stuttgart, 5. Juni. (5. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertisch sämtliche Minister. Tagesordnung: Fortgesetzte Berathung des Berichts der Fünftehner-Kommission über den Gesetzesentwurf betr. die Bestreitung des Aufwands für außerordentliche Militärbedürfnisse. Ammermüller hat den Antrag gestellt, in Art. 1 des Ges. die Verwilligung statt auf 6 nur auf 4 Monate zu ertheilen. v. Meyring hat den Antrag gestellt, an der Spitze der Beschlüsse über den Ges. Entwurf in Uebereinstimmung mit der Thronrede und den Erklärungen vom Ministertisch den Wunsch für Erhaltung des Friedens auszusprechen. Zeller beginnt mit der Beurtheilung des brudermörderischen Kampfes, welcher alle Errungenschaften eines 50jährigen Friedens zu vernichten drohe. Eine kriegerische Aufstellung sei nun aber einmal bei der gegenwärtigen Lage auch für uns geboten, und der Redner kommt zu dem Resultat, daß alle gestellten Anträge keine besondere Gewähr dafür geben, daß der angesehene Aufwand lediglich zum Schutz des deutschen Rechts und der Nationalität zur Anwendung kommen werde.

Was wirft einen Rückblick auf den Gang der Ereignisse und der Verhandlungen in diesem Hause in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit, und kommt dadurch zu dem Schlusse, daß er für unbedingte Verwilligung der angesehnenen Erigenz sich ausspricht. Es gelte jetzt, das Recht der Nothwehr auszuüben, und in diesem Sinne müsse man kriegerisch sein, in diesem Sinne sei auch das württ. Volk kriegerisch. Dies sei der Standpunkt für die Kammer, dies sei auch der deutsche Standpunkt.

Nägele motivirt seine Abstimmung. Er wünscht die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung, darin würde er eine nationale That sehen, darin würde er den guten Willen der Mittelstaaten erkennen. Er werde verwilligen, aber er möchte seine Verwilligung an Bedingungen knüpfen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Commissionmehrheit auf unbedingte Verwilligung der Erigenz mit 82 gegen 8 Stimmen angenommen. (Rein: Ködinger, Tafel, Hopf, Feyer, Schwaderer, Hölzer, Römer, Wächter.) Alle weiteren Anträge wurden verworfen.

# Murrthal-Bote.

Amts-, Anzeige- u. Unterhaltungsblatt für den Oberamtsbezirk Backnang nebst Umgegend. **1866.**  
Nr. 69. Samstag den 9. Juni

## Kraftlos-Erklärung eines Pfandbuch-Auszugs.

Der über die Unterpfandsbestellung des Gottlieb Schieber Webers in Oberfischbach gegen die lebenden sowie etwa noch nachkommenden Kinder seiner Ehefrau Dorothea geb. Schock, wegen des denselben von ihrem Großonkel, Gottlob Baizinger von Unterbrüben, testamentarisch angefallenen Erbguts von 363 fl. 13 kr. unterm 28. Juli 1852 gefertigte Auszug aus dem Unterpfandbuch Theil VII, Bl. 170 von Groß-Verlach ist verloren gegangen und ergeht daher auf den Antrag der Betheiligten an den unbekanntem Besitzer desselben hiemit die Aufforderung, seine Ansprüche hieran binnen 45 Tagen — vom Datum dieses Blattes an — bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und zu erweisen, widrigenfalls derselbe für kraftlos erklärt werden würde.

So beschloffen im R. Oberamtsgericht Backnang am 6. Juni 1866. Oberamtsrichter Frölich.

## Reutenhof. Gemeindebezirks Reichenberg. Vieh- u. Kartoffeln-Verkauf.

Aus der Verlassenschaftsmasse des wld. Christian Wolf kommt am Freitag den 15. d. Mts. Mittags 3 Uhr zum Verkauf:

- 1 Paar Ochsen,
- 1 Paar Stier,
- 2 einzelne Stier,
- 2 Kühe,
- 1 Kalbel,
- 1 Kuh-Kindle,
- 2 Stier-Kindlen;

ca. 60 Simeri Kartoffeln. Liebhaber werden in das Wolf'sche Wohnhaus eingeladen. Den 7. Juni 1866. Waisengericht. Vorstand Dietter.

## Reutenhof. Gemeindebezirks Reichenberg. Hofguts- und Güter-Verkauf.

Aus der Verlassenschaftsmasse des wld. Christian Wolf Bauers von Reutenhof kommt die vorhandene Liegenschaft am Freitag den 15. d. Mts. Morgens 9 Uhr im letzten Aufstreich auf hiesigem Rathszimmer zum Verkauf, nämlich

A) im Ganzen:

Das Hofgut auf der Markung Reutenhof, bestehend in

- Einem 2stöckigen Wohnhaus,
- Einer 4barnigen Scheuer,
- Einem Wasch- und Backhaus mit eingerichteter Wohnung,
- Hofraum 47,2 Mth.
- Gärten  $\frac{1}{2}$  Mrg. 44,5 Mth.
- Acker  $19\frac{7}{8}$  Mrg. 36,0 Mth.
- Wiesen  $14\frac{1}{2}$  Mrg. 0,3 Mth., worunter  $3\frac{5}{8}$  Mrg. 17,4 Mth. auf der Markung Reichenberg,
- Wald  $6\frac{5}{8}$  Mrg. 13,5 Mth. auf der Markung Michelbach und Eschelhof;

—:  $4\frac{5}{8}$  Mrg. 45,5 Mth.



B) im Einzelnen:

- $3\frac{5}{8}$  Mrg. 29,9 Mth. Weinberg, Acker und Wiese auf der Markung Michelbach,
- $\frac{3}{8}$  Mrg. 35,8 Mth. Acker auf der Markung Backnang,
- $1\frac{3}{8}$  Mrg. 26,5 Mth. Wiese auf der Markung Ellenweiler,
- $4\frac{3}{8}$  Mrg. 46,7 Mth. Wald auf der Markung Reichenbach;

—:  $10\frac{2}{8}$  Mrg. 42,9 Mth.

C) das gesammte Hofgut im Neßgehalt von  $52\frac{1}{8}$  Mrg. 40,4 Mth., angekauft zu —: 12,000 fl. Dem Hofguts-Verkauf folgt in Bälde der Verkauf der Fahrniß durch alle Rubriten. Den 7. Juni 1866. Waisengericht. Vorstand Dietter.

22 Kaisersbach. Oberamts Welzheim. Am Mittwoch den 13. Juni 1866 und am Bartholomäus-Feiertag den 24. August 1866

werden hier Vieh-Märkte abgehalten, zu deren zahlreichem Besuche einladet Den 1. Juni 1866. Schultheißenamt.

Murrhardt. Aus Veranlassung einer Schlägerei im Adler zu Sulzbach wurde eine silberne Schweizer Uhr sammt Kette entwendet; wenn der wohl bekannte Dieb dieser Uhr nicht in den nächsten Tagen sie zurückgibt, wird gerichtliche Klage gegen ihn erhoben. Sie möge im Adler zu Sulzbach hinterlegt werden.